***CDU*-Fraktion im Rat der Stadt Hallenberg**

CDU-Fraktion – Feldbergweg 16 – 59969 Hallenberg

Joachim Huft
Fraktionsvorsitzender

Mobil: +4915115168999

Datum: 12.02.2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Hallenberg,
sehr geehrte Damen und Herren

Als ich in der Haushaltsrede 2024 über die Unfähigkeit der sogenannten Fortschritts Koalition berichtete, schwang auch die leise Hoffnung mit, dass dieses Drama hoffentlich bald ein Ende haben möge. Seit dem 06. Nov. letzten Jahres ist der Versuch, das Land zu regieren, endgültig Geschichte.
Die heftigen Vorwürfe, die sich Bundeskanzler Scholz und Finanzminister Lindner im Zusammenhang mit dem Bruch der Ampel-Koalition gemacht haben, zeigen, dass das Verhältnis völlig zerrüttet gewesen sein muss.
Finanzpolitisch hatte die Koalition durch das Urteil des Bundesverfassungsgericht im Nov. 2023 schon den Boden unter den Füßen verloren. Danach ist es nicht mehr gelungen, die Finanzen zukunftsorientiert zu ordnen.
Das Gericht erklärte die Umwidmung von Corona-Mitteln in einen Klimafonds für verfassungswidrig, wodurch 60 Milliarden Euro in der Planung fehlten.

Trotz der schlechten Haushaltslage, setzte die Ampel viele Vorhaben im Sozialbereich um und zentrale Wahlkampfversprechen der SPD wurden eingelöst:

- Der Mindestlohn stieg durch den politischen Eingriff in die Tarifautonomie per Gesetz
  auf 12,00 Euro
- Das Bürgergeld ersetzte das Hartz System, durch Erhöhung der Bedarfsätze Kindergeld wurde erhöht, Kinderkrankentage wurden aufgestockt und das Wohngeld wurde angehoben.
- Ein Dauerstreit der Ampel entzündete sich am Thema Rente. Ein Rentenpaket, bei dem erstmals am Kapitalmarkt zusätzliche Einnahmen zur Stabilisierung des Rentenniveaus erreicht werden sollten, kommt nun nicht mehr.

- Vom vollmundigen Wahlversprechen, jährlich 400 000 neue Wohnungen zu bauen, um die Wohnungsnot in Ballungszentren zu lindern und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, ist nichts übrig geblieben.
- Ein zentrales Wahlversprechen der Grünen zur Einführung der Kindergrundsicherung wurde zum Rohrkrepierer. Mit dem Projekt sollten zahlreiche Sozialleistungen für Familien gebündelt werden. Es gab zwar einen Gesetzesentwurf, der aber nicht mehr zum Beschluss kam. Das Gesetz hätte unter anderem dazu geführt, dass ca. 5.000 zusätzliche Stellen dauerhaft erforderlich gewesen wären.

Nach jahrelangen Verhandlungen stimmte Deutschland im Frühjahr 2024 endlich schärferen EU-Asylregeln zu. Das zentrale Thema Asyl und Migration wurde nicht oder nur zaghaft angepackt. Das Ergebnis zeigte sich bei der Europawahl und bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland, die AFD erhielt enormen Zuspruch aus der Bevölkerung. Im Lager der Grünen vertritt man allerdings die Meinung, dass das Thema Asyl und Migration keinen Einfluss auf die Wahlergebnisse habe.
Die Gewalttaten in Mannheim und Solingen führten zu einer Verschärfung der Waffengesetze und der Einführung eines Messerverbotes, gebracht hat es aber nichts, siehe die jüngsten Ereignisse in Aschaffenburg.
Die Menschen in Deutschland fühlen sich nicht mehr sicher, die Landkreise und Kommunen sind mit der Masse der Asylsuchenden völlig überfordert.
Die jüngsten Entscheidungen im Bundestag, bei denen die CDU Opposition Vorschläge bzw. einen Gesetzesentwurf zur Verschärfung der Migration eingebracht hat, wurden von den verbliebenen beiden Regierungsparteien aus nicht erklärlichen Gründen abgelehnt.
Es geht nicht um Fakten, es ist Wahlkampf.

Der Anbau und Konsum von Cannabis wurde legalisiert, die Folgen der Entscheidung sind noch nicht absehbar. Die CDU Hallenberg hat das Thema aufgegriffen und bietet am Freitag, den 21.02. 25 einen Vortrag über die gesundheitlichen Auswirkungen von Drogen durch das Gerichtsmedizinische Institut Gießen um 19:00 Uhr im Kump an.

Alle diese Entscheidungen, insbesondere die Entscheidungen im Sozialbereich, betreffen auch die kommunalen Haushalte und damit die Bürger und Steuerzahler hier vor Ort. Bei einer Vorstellung des Kreishaushalts wurde uns mitgeteilt, dass rd. 70% des Kreishaushalts für den sozialen Bereich aufgewendet werden müssen und dass der Kreishaushalt einen Fehlbedarf von rd. 30 Mio EUR ausweist.
Kein Wunder, dass die Kreisumlage in allen Kreisangehörigen Städten des HSK steigt. So bekommen beispielsweise seit 2022 die Landkreise und Städte nur noch einen Anteil der Unterkunftskosten von Geflüchteten mit Bürgergeldbezug erstattet. Bundesweit macht dies rund 7 Mrd. Euro in den kommunalen Kassen aus. Dies ist eine der größten Schlechtleistung, bei denen der Bund seiner Finanzierungsverantwortung nicht mehr nachkommt. Zu erwähnen sind an dieser Stelle auch die Geflüchteten aus der Ukraine. Es war nicht richtig, diese bereits von Beginn an im Bereich des Bürgergeldes zu verorten. Für die Zukunft sollte alles dafür

getan werden, dass noch mehr Geflüchtete aus der Ukraine in eine Beschäftigung kommen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren.
Die Kosten laufen generell aus dem Ruder. Alle sind sich einig, dass die Unterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen die schlechteste aller Möglichkeiten ist und man deshalb Unterkünfte als Reserve vorhalten sollte.
Für diese Vorhaltekosten gibt es bislang jedoch keinen Cent an finanzieller Unterstützung.

Warum habe ich das gerade alles erzählt? Liebe Bürgerinnen und Bürger, es ist leider mitnichten so, dass uns dies egal sein kann. Einen Großteil der Auswirkungen der Bundespolitik bekommen wir in der so genannten Kreisumlage indirekt "aufgebrummt".

Bei der Haushaltseinbringung im Dez.2024 sprach der Bürgermeister von einem Fehlbetrag in Höhe von rd. 1,6 Mio EUR, bei der ersten Haupt- und Finanzausschusssitzung im Jan. 2025 waren es nach Vorlage der Änderungsliste bereits 1,73 Mio EUR.
Der größte Aufwandsposten im aktuellen Haushalt ist die Kreisumlage mit rd. 4,7 Mio EUR.

Ein Ratsmitglied der FDP-Fraktion stellte in der besagten Ratssitzung die Frage: Was können wir tun, um die Kreisumlage in Höhe von 4,7 Mio EUR zu umgehen. Die Frage ist nachvollziehbar, aber ich gehe davon aus, dass sie nicht ernst gemeint war, oder aber aus totaler Ahnungslosigkeit oder Unwissenheit über den Sinn und Zweck sowie den Zusammenhang von Landkreisen und kreisangehörigen Städten gestellt wurde.

Aufgrund des oben genannten Fehlbedarfs von 1,73 Mio. Euro hat die CDU-Fraktion den Bürgermeister aufgefordert, eine Liste zu entwickeln, aus der die freiwilligen Leistungen der Stadt Hallenberg hervorgehen, um Sparpotenziale zu erkennen. Diese Liste wurde in der ersten HauFi-Sitzung am 27. Januar besprochen, woraus aber kein weiteres Einsparpotential aufgezeigt werden konnte.. Hieraufhin hat die CDU Fraktion den Bürgermeister in Zusammenarbeit mit der Verwaltung gebeten, Szenarien zu entwickeln, welche Einsparpotentiale in kleiner, mittlerer und großer Höhe ausgewiesen werden können, um dann in einer weiteren Sitzung über die Szenarien gemeinsam abzustimmen. Diesem Arbeitsauftrag wurde seitens des Bürgermeisters zugestimmt.

Allerdings hätten wir uns die zweite Sitzung am Montag auch schenken können, da es seitens Verwaltung und Bürgermeister kein weiteres erkennbares Sparpotential gibt und es laut Aussage des Bürgermeisters “Aufgabe der Politik ist”.
Es gab und gibt bis heute keine Veränderung dieser 1,73 Mio. Euro außer die Aussage des Bürgermeisters, dass wir uns noch “glücklich schätzen können”, da wir mit dem Haushalt 2025 und auch mittelfristig nicht in die Haushaltssicherung rutschen. Bei der Höhe der mittelfristigen Fehlbeträge machen mich solche Aussagen nachdenklich…

Wir alle tragen eine große Verantwortung auch im Hinblick auf zukünftige Haushalte, da muss man auch Entscheidungen vor dem Hintergrund treffen “Was können wir uns leisten und was wollen wir uns leisten”. Wir hier in der Kommune sind das letzte Glied in der Kette und nur noch bedingt in der Lage, die kommunale Selbstverwaltung wahrzunehmen. Das Ambition Level der CDU ist es nicht, eine Haushaltssicherung mittelfristig zu vermeiden, sondern einen Plan zu haben und kritisch zu hinterfragen, was wirklich möglich ist und was nunmal eben nicht.

Zusätzlich muss in diesem Jahr die Entscheidung über den Umgang des NKF-COVID-19-UkraineIsolierungsgesetz getroffen werden. Hier steht zur Debatte, entnehmen wir die 4,5 Mio EUR, die isoliert wurden aus der allgemeinen Rücklage, oder schreiben wir sie über 50 Jahre ab und belasten den Haushalt unserer Nachkommen jährlich mit 90.000 EUR.
Wir als CDU Fraktion haben von Beginn an immer für eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage votiert, allerding würde uns die Entscheidung leichter fallen, wenn wir die Forsteinrichtung (das ist die Waldinventur) wie eigentlich erforderlich in 2024 durchgeführt worden wäre und wir die Auswirkungen der Kalamitäten der gesamten letzten Jahre auf die finanzielle Höhe der allgemeinen Rücklage kennen würden.
Noch sind wir zuversichtlich, dass die Isolierung gegen die allgemeine Rücklage gebucht werden kann.

Zu den wichtigsten Erträgen der Stadt gehören natürlich die Gewerbesteuern, wobei die geplante Gewerbesteuer mit 3 Mio EUR veranschlagt ist und m. E. ein großes Risiko birgt. Zum Vergleich, im Jahre 2019, welches ein wirtschaftlich sehr starkes war, betrug das gesamte Gewerbesteueraufkommen 5,5 Mio EUR.
Unser sogenanntes Klumpenrisiko tritt mit unseren wenigen großen Gewerbesteuerzahlern aktuell deutlich zu Tage.

Einige Investitionsprojekte, die bereits im Haushaltsplan 2024 vorgesehen waren, tauchen nun erneut im Haushalt 2025 auf. Es bleibt zu hoffen, dass sie in diesem Jahr endlich umgesetzt werden:

- Energetische Sanierung des Hallenbads: Im Vorjahr mit 405.000 € veranschlagt, nun mit 350.000 € eingeplant.
- Energetische Sanierung der Stadthalle: 2024 noch mit 550.000 € vorgesehen, nun nur noch 180.000 €.
- Straßenbau Grabenstraße: Statt der geplanten 500.000 € aus dem Vorjahr sind jetzt 480.000 € angesetzt.
- Baukosten für „Green Trails“: Unverändert mit 400.000 €.

Auffällig ist, dass einige Vorhaben aus dem Vorjahr im aktuellen Haushalt nicht mehr enthalten sind. Ein Beispiel ist die Neukonzeption des Ausstellungsbereichs Kump, die 2024 mit 250.000 € eingeplant war und für 2025 mit weiteren 300.000 € fortgeführt werden sollte. Dieser Posten fehlt nun vollständig, ohne nachvollziehbare

Erklärung, da der städtische Anteil der Förderung auch berücksichtigt werden müsste.
Ein weiteres Problem ist die Sanierung des Naturbads, die dringend notwendig wäre, um das fehlende Dach sowie die bekannten Wasserverluste zu beheben. Doch anstatt hier Vorsorge zu treffen, wurde lediglich der laufende Betrieb im Haushalt berücksichtigt. Damit steuert die Stadt sehenden Auges auf einen erheblichen Investitionsstau in den kommenden Jahren zu.
Besorgniserregend ist auch die Haltung einiger Ratskollegen. In der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung äußerten Vertreter der FDP und BFH sinngemäß: „Wir lassen alles erst einmal so, im Sommer können wir ja mal sehen, wo wir stehen, dann können wir immer noch anders entscheiden.“
Doch genau diese Einstellung hat uns dorthin gebracht, wo wir heute stehen. Ein verantwortungsvoller Haushalt kann nicht auf vagen Hoffnungen basieren. Statt abzuwarten, brauchen wir jetzt klare Entscheidungen und eine konsequente Strategie, um unsere finanziellen Herausforderungen aktiv anzugehen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratsmitglieder, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

die CDU-Fraktion wird diesem Haushalt in der aktuellen Form nicht zustimmen, da zentrale Punkte nicht ausreichend geklärt sind:

1) Mangelnde Transparenz und Validität des Haushaltsplans:
Ein zentraler Kritikpunkt ist die fehlende Datenintegrität, die eine belastbare Haushaltsplanung nahezu unmöglich macht. Die vorliegenden Zahlen sind nicht kongruent mit den Vorjahreswerten, wodurch eine fundierte Entscheidungsgrundlage fehlt. Es gibt zahlreiche Widersprüche in den Planansätzen, insbesondere bei Investitionsprojekten, deren Budgets gegenüber den Vorjahren nicht schlüssig angepasst wurden. Zudem fällt auf, dass einige Projekte erneut im Haushalt auftauchen, die in den Vorjahren nicht umgesetzt wurden, andere gar nicht auftauchen, obwohl sie im Vorjahr und der MiFri geplant waren. Dies wirft nicht nur Fragen zur tatsächlichen Realisierbarkeit auf, sondern auch zur Prioritätensetzung innerhalb der Verwaltung. Ohne eine saubere und nachvollziehbare Datengrundlage bleibt die Haushaltsplanung in vielen Bereichen eine bloße Absichtserklärung, die einer kritischen Prüfung nicht standhält.

2) Fehlende langfristige Haushaltsstrategie:
Wir planen mit einem strukturellen Defizit von -1,5 Mio. EUR pro Jahr, ohne dass ein erkennbarer Plan existiert, wie Hallenberg langfristig aus dieser finanziellen Schieflage herausgeführt werden soll. Es reicht nicht aus, Jahr für Jahr zu hoffen, dass es schon gut gehen wird. Das Ambitionsniveau darf nicht lauten: „So lange wie möglich eine Haushaltssicherung vermeiden.“ Ein solches Vorgehen wäre vergleichbar mit einem Unternehmer, der am Jahresende lediglich feststellt: „Zum Glück sind wir noch nicht insolvent!“

Des Weiteren dürfen wir uns, wie vom Bürgermeister im HauFi mehrfach erwähnt, heute nicht hinter den zukünftigen Einnahmen der Windkraft verstecken. Nach der BImSch Genehmigung gibt es für den Projektierer noch weitere 4 Jahre bis zur Baubeginnsanzeige, so dass auch hier keine definitive Planungssicherheit für uns besteht.
Eine nachhaltige Haushaltsführung muss proaktiv gestaltet werden – mit klaren Maßnahmen zur Konsolidierung, einer realistischen Einnahmenplanung und darauf aufbauend zu einer Priorisierung der Ausgaben.

3) Steigende Risiken bei den Einnahmen:
Die im Gewerbesteueransatz enthaltene Nachzahlung von 1,3 Mio. EUR Gewerbesteuer bleibt weiterhin ungeklärt, und es gibt bislang keine überzeugende Entkräftung dieser Unsicherheit. Gleichzeitig sind die angesetzten Gewerbesteuereinnahmen von 3 Mio. EUR aus unserer Sicht ein erhebliches Risiko. Unser städtisches Gewerbesteueraufkommen hängt von wenigen großen Steuerzahlern ab, insbesondere aus der Automobilindustrie. Diese Branche steht jedoch aufgrund der aktuellen Wirtschaftspolitik massiv unter Druck. Politische Unsicherheiten – darunter mögliche US-Zölle, unklare Förderpolitik für Elektromobilität sowie zunehmender Wettbewerb aus China – verschärfen die Lage zusätzlich. Eine realistische Haushaltspolitik muss diese Risiken berücksichtigen, anstatt auf optimistische Annahmen zu setzen.

Wir als CDU-Fraktion sind nicht bereit, einen Haushalt mitzutragen, der auf unsicheren Annahmen basiert, keine nachhaltige Strategie aufzeigt und langfristig die finanzielle Handlungsfähigkeit Hallenbergs gefährdet. Wir fordern eine grundlegende Überarbeitung mit mehr Transparenz, Planbarkeit und klaren Maßnahmen zur Defizitreduzierung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!